

# Saale-Beitung.

**Anzeigen**  
 werden die Spalte oder deren Raum mit 20 Pf., solche aus Halle mit 15 Pf. berechnet und in der Expedition, von welchen Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen.  
 Bestellen die Halle 60 Pf. Erheblich wöchentlich postlich; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.  
 [Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

**Bezugspreis**  
 für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimonatlicher Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Befehlgebühren werden von allen Bezugsbefehlgebühren angenommen.  
 Nr. 5382 des amtl. Zeit.-Verz.  
 Für die Redaktion verantwortlich:  
 Dr. Oswald Schulze in Halle.  
 [Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg u. Kassel-Str. 176.]

Nr. 149. Halle a. d. Saale, Dienstag den 30. März. 1897.

## Deutsches Reich.

**Sof- und Personalnachrichten.**  
**Berlin, 29. März.** Die „Saale-Beitung“ meldet: Der Kaiser verband die Verleihung des Großkreuzes des Roten Ordens an die Großherzogin von Baden mit den wünschenswerten freier Verleihung für seine geliebte Gattin, dabei zurückblickend auf die langjährige Thätigkeit der Großherzogin in Gemeinnützigkeit mit ihrem Vater, dem hochseligen Kaiser Wilhelm dem Ersten für dessen Wohlthätigkeit die Großherzogin in freier Liebe und Gültigkeit wirkte. Der Kaiser stiftete das Großkreuz des Roten Ordens ganz besonders für die Großherzogin im Hinblick an das für früher verliehene Commandeurkreuz, und zwar nur für diese einzige Verleihung.

**Die Postanfrage.**  
 \* Die Altersfähigkeits Entscheidung über das Entlassungsgesuch des Staatssekretärs Hollmann ist nunmehr gefasst. Wie die „Saale-Beitung“ erfahren wird, hat der Kaiser das Gesuch unter der Versicherung seines unerschütterten Vertrauens und unter Werten wünschenswerter Anerkennung abgelehnt.

**Parlamentarisches.**  
 \* **Berlin, 29. März.** Der Reichstag hatte heute, weil er im Sommer vertagt wurde, seine 200. Sitzung. Der Präsident eröffnete dafür einen Ministertausch, in welchem Veltchen die Zahl 200 bildeten. Die Session ist also recht alt, wenn auch nicht gerade rühmlich alt geworden. Die dritte Gläubigerberatung wurde zunächst nach ungeschickter Debatte mit dem Gläubiger erledigt. Dann beendete Abgeord. v. Gatzlinski die Interpellation wegen Auflösung politisch freierbeameter Verwaltungen in Westpreußen; die Auflösung dauerte trotz der gegenständlichen Anwendung des Oberpräsidenten v. Gölber fort. Staatsminister v. Veltchen vertritt, niemand habe an eine Beurlaubung der Maß- und Verwaltungsverwaltung gedacht. In den von Gatzlinski angeführten Fällen sei auch eine Auflösung der Verwaltungen nicht erfolgt. Der Generaldirektor habe geäußert, politisch nicht zu sprechen, da er es nicht verstehe. Der Vorsitzende habe das abgelehnt und als die Bitte wiederholt wurde, erklärt: Dann schließt die Verammlung. Der Minister habe nachträglich noch einmal die Anweisung wiederholt, daß keine Verabreichung in Schwab gelte, wegen des Gebrauchs der politischen Sprache aufgelöst werde. Morgen folgt die Besprechung der Interpellation.

\* **Berlin, 29. März.** Die Reichstagskommission zur Beratung des Gesetzes über das Auswanderungsgesetz trat heute zusammen. Von einer Generaldebatte wurde Abstand genommen und beschloß, zwei Lesungen vorzunehmen. Die ersten acht Paragraphen wurden unversändert genehmigt.  
 \* Die Osterferien des Reichstages werden am 7. oder 8. April beginnen und voraussichtlich bis zum 27. April dauern. Der Beginn der Ferien des Abgeordnetenhauses ist für 8. April in Aussicht genommen.  
 \* Die Abg. Graf v. Helldorf und Gen. haben jetzt den Antrag im Reichstage eingebracht, die Staatsregierung zu ersuchen, dieselbe wolle ihren Einfluß im Bundesrat dahin geltend machen, daß derselbe dem Reichstage angenommenen Anträge, betr. die Aufhebung von Zollverträgen bei der Einfuhr von Getreide etc., seine Zustimmung erteile und die zur Durchführung dieses Antrages erforderlichen Anordnungen sobald als möglich treffen.

\* Wie man heute mitteilt, haben die Vorbesprechungen unter den Parteien das Ergebnis gehabt, daß man die Vorlage betr. die Besoldungsverbesserungen der Reichsbeamten durchberathen wird. Daß aber Änderungen beschlossen würden, namentlich bei den Offiziersgehältern, sei sicher.  
 \* Eine Sitzung der konservativen Fraktion des Reichstages fand gestern bezüglich der Handwerkerrolle statt. Man beschloß, für die Verweigerung der Vorlage an eine Kommission zu stimmen. Die Ausrichtung für das Zustandekommen der Handwerkerorganisation sollen, der „Post“ zufolge, nicht so ungünstig sein, wie vielfach behauptet wird. In den Kreisen der Reichspartei herrsche ebenfalls eine günstige Auffassung, auch sei werde einzeln Abänderungen beantragen, umwiderstehen an dem Grundgedanken der Vorlage erheblich zu modifizieren. Eine Reihe nationalliberaler Abgeordneter theile den Standpunkt der Reichspartei; auch im Centrum bringe man dem Entwurf vielfach Sympathie entgegen.

\* Die „D. Tagesztg.“ erzählt, daß der Abg. Graf v. Helldorf in Folge seines Gesundheitszustandes an der parlamentarischen Arbeit dieser Tagung in erheblichem Umfange sich nicht wird betheiligen können.  
 \* Reichstagsabg. v. Helldorf wird am 31. d. in Berlin eine allgemeine antientimlich Frauenvereinigung gründen.

\* **Berlin, 29. März.** Das Abgeordnetenhaus begann heute die Beratung des Entwurfs des Finanzministeriums mit der Besoldungsverbesserungsvorlage. Die Beratung hierüber gedieh noch nicht weit, da ein guter Theil der Sitzung ausgefüllt wurde durch Erörterungen über das eigentümliche Verhalten des Regierungspräsidenten von Brandenstein in Hannover gegenüber einer Einladung der Stadtverwaltung, Genannter Herr hat sich durch die Form der Einladung beleidigt gefühlt, die Stadtdirektor Tramm ihm überbrachte. Bezugnehmend dieser Sache wurde der Minister v. B. heute eigens nach dem Abgeordnetenhaus unterbreitet und nach seinem Erscheinen die Beratung der Besoldungsvorlage unterbrochen. Die ganze Angelegenheit wird wahrscheinlich im Laufe des Monats, wenn Abg. Graf v. Helldorf-Strum und der Minister des Innern in ihrer Berathung des angegriffenen Regierungspräsidenten nicht so wenig geschäftig operiert hätten. Graf v. Helldorf-Strum rühmte Herrn v. Brandenstein als tüchtigen und schneidigen Beamten und schalt auf den hannoverschen Stadtdirektor, daß er sich seinen Vorgehens gegenüber wenig taftvoll benommen hätte. Der Minister sprach gar von Nothwehr, die der Regierungspräsident ausübt, und warf dem Abg. v. Helldorf-Strum einen Selbstverleumdungsvorwurf gegenüber den Staatsbehörden nachdrücklich zu. Abg. v. Helldorf-Strum auf das letzte Wortkommunikation in Königsberg hin; es scheint, als ob man jetzt in Preußen bestrift, die Konflikte zwischen Selbstverwaltungsorganen und hohen Staatsbeamten herbeizuführen. In der Besoldungsvorlage waren eine Anzahl Abänderungsanträge eingegangen; u. a. betreffend Abg. v. Helldorf-Strum nur für seine Person die gänzliche Ablehnung aus finanziellen Gründen und wegen der Nichtberücksichtigung der Interbeamten. Finanzminister v. Miquel erklärte sich namens der Regierung mit den Kommissionsbeschlüssen einverstanden und bestrafte alle Abänderungsanträge. Dienstag Fortsetzung der Beratung.

\* **Altenburg, 29. März.** Der Landtag berief heute die Städteordnung zu Ende und nahm sie schließlich mit 21 gegen 5 Stimmen an. Ein Antrag des Abg. v. Helldorf, wonach jeder Bürger werden kann, welcher zu einem Lande von mindestens 400 M. Staatsrente abgibt, ist, ging durch. In der Regierungsvorlage waren als Minimum 600 M. angenommen worden. Ferner nahm der Landtag ein Gesetz an, wonach diejenigen, welche in einer außerörtlichen Lotterie spielen, mit 300 M. Geldstrafe belegt werden können, während diejenigen, welche Looße von solchen Lotterien betreiben, die doppelte Strafe trifft.

**Politischer Schänder in Torgau-Liebenwerda.**  
 \* **Torgau, 29. März.** Der Wahlkampf im Wahlkreise Torgau-Liebenwerda fängt an, recht forderbare Blüthen zu treiben. Vertrauensmann derjenigen Sozialdemokraten ist der Schneidermeister E. Kridsch. Zu diesem begab sich gestern der Bürgermeister G. Wirth in Sachen der konservativen Partei, um Herrn Kridsch dahin zu bringen, daß er seine Partei bei der bevorstehenden Stichwahl entweder dazu bewegen möge, daß sie für den konservativen Kandidaten stimmen oder sich der Wahl ganz enthalte; keinesfalls wolle sie aber für den liberalen Kandidaten stimmen. Man ist nach Bekanntwerden dieser Thatsache höchst verwundert, daß die Konservativen zu solchen Mitteln ihre Zuflucht nehmen. Für die liberale Partei ist damit aber ein Impuls gegeben, nun alle Mittel zur Bekämpfung der konservativen Partei in Bewegung zu setzen. Man geht schon wieder frisch an die Arbeit, und zwar mit der besten Hoffnung, denn es sieht hier gut um die liberale Sache.

**Berwahrung und Nachsorge.**  
 \* Vor der Ständehöheren Strafkammer hat eine Verhandlung gegen einen „Privatsekretär“ Fahl in Hannover wegen Betrügerien stattgefunden, die er bei der gegenwärtigen Beschaffung von Begnadigungen begangen haben soll. Die Betrügerien konnten nicht nachgewiesen werden. Der Sachverhalt ist folgender: Drei Leute Namens Diehl haben einen Mann bergelastigt brutal mißhandelt, daß er für sein ganzes Leben fesslich ist; sie sind dafür zu je 1 1/2 Jahren Gefängnis verurtheilt worden und haben dem Mißhandelten eine Entschädigung von 20,000 M. bezahlen müssen. Die drei Mißhandelter wurden auf den Privatsekretär Fahl in Hannover als auf einen Mann aufmerksam gemacht, der im Hofe steht, Begnadigungen bewirken zu können, an den deshalb sogar angehende Rechtsanwälte verurtheilte Klienten verwiesen. Fahl übernahm den Auftrag gegen die Zuführung einer beträchtlichen Summe für den Fall des Erfolges und die drei Mißhandelter wurden in der That, nachdem sie gegen 7 1/2 Monate ihrer Strafe verhißt, begnadigt, obgleich die zuständige Staatsanwaltschaft sich auf drei Anfragen dreimal dagegen erklärt und die Staatsanwaltschaftverwaltung über das Verhalten der drei Personen im Gefängnis eine ungünstige Auskunft erhielt hatte. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hat sein Ersuchen über die Begnadigung in der Verhandlung gegen Fahl offen ausgesprochen und als mißthätig bezeichnet, daß der Verdict, als könnten in Preußen Begnadigungen durch Bestechung erlangt werden, zurecht werde. „Der interessirte“, bemerkt die „Nat.-Ztg.“, so lebhaft und so wirksam für die Begnadigung von Kaufleuten, daß nach einem ersten, gegen die Strafverwaltung lautenden Bericht der Staatsanwaltschaft ein zweiter und nach dreimaligen abwechselnden Gutachten der Staatsanwaltschaft die Begnadigung dennoch erfolgt? Hier liegt ein Räthsel vor, das uns des Aufsehens der preussischen Reichspresse willen schmerzlich gefast werden muß.“

\* Vom eifernen Wandbrett ist das Wiederannahme-Verfahren des Reichsgerichts durch die Reichsregierung abgelehnt worden. Der Bericht über das Verfahren ist sofort eine eingehende begründete Beschwerde beim Oberlandesgericht in Hamm erhoben.

**Arbeiterbewegung.**  
 \* In Hamburg fand am Sonntag unter Ausschluss der Öffentlichkeit eine Versammlung von Mitgliedern sämtlicher Sektionen des Verbandes der Hafenarbeiter statt. Nach längerer Debatte, die sich entspannte gegen das Eintreten in einen neuen Ansturm, nämlich der Differenzen zwischen den Hafenarbeitern und den Importeuren richtete, wurde eine Resolution angenommen, welche im wesentlichen besagt, daß die Versammlung der Arbeiter-Samenarbeiters, sich auf 4. d. M. im Wege mit den Importeuren zu einigen, da von einem allgemeinen Ausstande entschieden abgesehen sei.

**Verwahrung und Nachsorge.**  
 \* Vor der Ständehöheren Strafkammer hat eine Verhandlung gegen einen „Privatsekretär“ Fahl in Hannover wegen Betrügerien stattgefunden, die er bei der gegenwärtigen Beschaffung von Begnadigungen begangen haben soll. Die Betrügerien konnten nicht nachgewiesen werden. Der Sachverhalt ist folgender: Drei Leute Namens Diehl haben einen Mann bergelastigt brutal mißhandelt, daß er für sein ganzes Leben fesslich ist; sie sind dafür zu je 1 1/2 Jahren Gefängnis verurtheilt worden und haben dem Mißhandelten eine Entschädigung von 20,000 M. bezahlen müssen. Die drei Mißhandelter wurden auf den Privatsekretär Fahl in Hannover als auf einen Mann aufmerksam gemacht, der im Hofe steht, Begnadigungen bewirken zu können, an den deshalb sogar angehende Rechtsanwälte verurtheilte Klienten verwiesen. Fahl übernahm den Auftrag gegen die Zuführung einer beträchtlichen Summe für den Fall des Erfolges und die drei Mißhandelter wurden in der That, nachdem sie gegen 7 1/2 Monate ihrer Strafe verhißt, begnadigt, obgleich die zuständige Staatsanwaltschaft sich auf drei Anfragen dreimal dagegen erklärt und die Staatsanwaltschaftverwaltung über das Verhalten der drei Personen im Gefängnis eine ungünstige Auskunft erhielt hatte. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hat sein Ersuchen über die Begnadigung in der Verhandlung gegen Fahl offen ausgesprochen und als mißthätig bezeichnet, daß der Verdict, als könnten in Preußen Begnadigungen durch Bestechung erlangt werden, zurecht werde. „Der interessirte“, bemerkt die „Nat.-Ztg.“, so lebhaft und so wirksam für die Begnadigung von Kaufleuten, daß nach einem ersten, gegen die Strafverwaltung lautenden Bericht der Staatsanwaltschaft ein zweiter und nach dreimaligen abwechselnden Gutachten der Staatsanwaltschaft die Begnadigung dennoch erfolgt? Hier liegt ein Räthsel vor, das uns des Aufsehens der preussischen Reichspresse willen schmerzlich gefast werden muß.“

**Arbeiterbewegung.**  
 \* In Hamburg fand am Sonntag unter Ausschluss der Öffentlichkeit eine Versammlung von Mitgliedern sämtlicher Sektionen des Verbandes der Hafenarbeiter statt. Nach längerer Debatte, die sich entspannte gegen das Eintreten in einen neuen Ansturm, nämlich der Differenzen zwischen den Hafenarbeitern und den Importeuren richtete, wurde eine Resolution angenommen, welche im wesentlichen besagt, daß die Versammlung der Arbeiter-Samenarbeiters, sich auf 4. d. M. im Wege mit den Importeuren zu einigen, da von einem allgemeinen Ausstande entschieden abgesehen sei.

**Arbeiterbewegung.**  
 \* In Hamburg fand am Sonntag unter Ausschluss der Öffentlichkeit eine Versammlung von Mitgliedern sämtlicher Sektionen des Verbandes der Hafenarbeiter statt. Nach längerer Debatte, die sich entspannte gegen das Eintreten in einen neuen Ansturm, nämlich der Differenzen zwischen den Hafenarbeitern und den Importeuren richtete, wurde eine Resolution angenommen, welche im wesentlichen besagt, daß die Versammlung der Arbeiter-Samenarbeiters, sich auf 4. d. M. im Wege mit den Importeuren zu einigen, da von einem allgemeinen Ausstande entschieden abgesehen sei.

**Arbeiterbewegung.**  
 \* In Hamburg fand am Sonntag unter Ausschluss der Öffentlichkeit eine Versammlung von Mitgliedern sämtlicher Sektionen des Verbandes der Hafenarbeiter statt. Nach längerer Debatte, die sich entspannte gegen das Eintreten in einen neuen Ansturm, nämlich der Differenzen zwischen den Hafenarbeitern und den Importeuren richtete, wurde eine Resolution angenommen, welche im wesentlichen besagt, daß die Versammlung der Arbeiter-Samenarbeiters, sich auf 4. d. M. im Wege mit den Importeuren zu einigen, da von einem allgemeinen Ausstande entschieden abgesehen sei.

**Arbeiterbewegung.**  
 \* In Hamburg fand am Sonntag unter Ausschluss der Öffentlichkeit eine Versammlung von Mitgliedern sämtlicher Sektionen des Verbandes der Hafenarbeiter statt. Nach längerer Debatte, die sich entspannte gegen das Eintreten in einen neuen Ansturm, nämlich der Differenzen zwischen den Hafenarbeitern und den Importeuren richtete, wurde eine Resolution angenommen, welche im wesentlichen besagt, daß die Versammlung der Arbeiter-Samenarbeiters, sich auf 4. d. M. im Wege mit den Importeuren zu einigen, da von einem allgemeinen Ausstande entschieden abgesehen sei.

**Arbeiterbewegung.**  
 \* In Hamburg fand am Sonntag unter Ausschluss der Öffentlichkeit eine Versammlung von Mitgliedern sämtlicher Sektionen des Verbandes der Hafenarbeiter statt. Nach längerer Debatte, die sich entspannte gegen das Eintreten in einen neuen Ansturm, nämlich der Differenzen zwischen den Hafenarbeitern und den Importeuren richtete, wurde eine Resolution angenommen, welche im wesentlichen besagt, daß die Versammlung der Arbeiter-Samenarbeiters, sich auf 4. d. M. im Wege mit den Importeuren zu einigen, da von einem allgemeinen Ausstande entschieden abgesehen sei.

**Arbeiterbewegung.**  
 \* In Hamburg fand am Sonntag unter Ausschluss der Öffentlichkeit eine Versammlung von Mitgliedern sämtlicher Sektionen des Verbandes der Hafenarbeiter statt. Nach längerer Debatte, die sich entspannte gegen das Eintreten in einen neuen Ansturm, nämlich der Differenzen zwischen den Hafenarbeitern und den Importeuren richtete, wurde eine Resolution angenommen, welche im wesentlichen besagt, daß die Versammlung der Arbeiter-Samenarbeiters, sich auf 4. d. M. im Wege mit den Importeuren zu einigen, da von einem allgemeinen Ausstande entschieden abgesehen sei.

**Ger und Marine.**  
 \* Nach einer Meldung aus Bremen fand gestern nachmittags auf der Werft der Allmiegewerkschaft „Weter“ der Stapellauf des für die Kaiserliche Marine bestimmten Kreuzers zweiter Klasse statt. Der Großherzog von Oldenburg wozug die Taufe im Namen des Kaisers. Das Schiff erhielt den Namen „Victoria Maria“.  
 \* S. M. S. „Buffard“ Kommandant Korvetten-Kapitän Winter, wird am 3. April von Sydney nach Apia in See gehen.  
 \* Nach einer Meldung aus Bremen fand gestern nachmittags auf der Werft der Allmiegewerkschaft „Weter“ der Stapellauf des für die Kaiserliche Marine bestimmten Kreuzers zweiter Klasse statt. Der Großherzog von Oldenburg wozug die Taufe im Namen des Kaisers. Das Schiff erhielt den Namen „Victoria Maria“.  
 \* S. M. S. „Buffard“ Kommandant Korvetten-Kapitän Winter, wird am 3. April von Sydney nach Apia in See gehen.

## Deutscher Reichstag.

200. Sitzung vom 29. März, 1 Uhr.  
 Am Bundesratsstische: Dr. v. Boetticher, Graf v. Posadowsky, v. Gölber u. a.

Aus Anlaß der 200. Sitzung liegt auf dem Präsidentenstühle ein prachtvoller Blumenkranz, auf welchem eine aus Veltchen zusammengesetzte 200 prangt.  
 Präsident v. v. Boetticher: Ich nehme zunächst Veranlassung, den freundlichen Spenden des Blumenkranzes, sowie er mir zugehört ist, meinen Dank auszusprechen. Ich lege aber die Ehrung ab und übertrage sie an das Haus, welchem das Hauptverdienst zukommt. (Beifall.)  
 Die dritte Gläubigerberatung wird fortgesetzt beim Etat des Reichshaushalts.

Hamburgischer Bundesbevollmächtigter Senator Dr. Burchard weist die Angriffe zurück, die der Abg. v. Helldorf bei der zweiten Lesung gegen den Hamburger Senat gerichtet hatte. Seine Abgeordnete hätte dem Senat vorgeworfen, daß er Veranlassung an den Gehältern der Solbannanten gemacht habe.

Abg. Graf v. Helldorf (sonst) erwidert: Staatssekretär Graf v. Posadowsky, daß bei der Bemessung des Kontingents der freiwillig abgetretene Jüder zur Anrechnung kommen müsse und nicht die Gesamtproduktion. Das entspricht dem Sinne des Gesetzes. Die Gesamtproduktion sei der Wertung des Reichshaushaltes überhaupt nicht bekannt; sie wäre auch zu schwer zu bezweifeln. Man wolle dann z. B. auch die sich summierenden Produkte in Anschlag bringen. Für die von ihm vertretene Auffassung hätten sich auch sämtliche Provinz-Steuerdirektionen ausgesprochen. Am Himmel der Bundespräsidenten länder schon genug schwarze Wolken, man dürfe nicht noch eine Steuerproduktion an Jüder unterbringen.  
 Abg. v. Helldorf dankt dem Herrn Staatssekretär für seine Erklärung, obgleich sie nicht alle Wünsche der Interessenten erfüllt.

Der Etat des Reichshaushaltes wird genehmigt.  
 Beim Etat des allgemeinen Pensionsfonds kommt Abg. v. Helldorf (sonst) nochmals auf den in der zweiten Lesung abgelehnten Antrag des Abg. v. Helldorf, betr. Verminderung der Militärpensionen, zurück. Herr Gölber habe damals dem Centrum einen Vorwurf wegen der Ablehnung des Antrages machen wollen, obgleich das Centrum der bayerischen Kammer einen gleichlautenden Antrag angenommen habe und auch der bayerische Prinz Ludwig hätte den Antrag genehmigt hätte. In Bayern seien aber die Bestimmungen über Entlohnungen und Verabreichungen von Offizieren ganz anders als in Preußen und somit in Reich. In Bayern hätte der Kriegsminister die Entlohnungen und Verabreichungen der Offiziere, während dies in Preußen lediglich ein Recht des obersten Kriegsherrn sei. Man könne daher dem Centrum hier keinen Vorwurf machen, und der Abg. v. Helldorf hätte recht wohl eingesehen, daß es gefährlich sei, bayerische Centrumsanträge für das Reich abzugeben. (Beifall.)

Beim Etat des Reichshaushalts wünscht Abg. Graf v. Helldorf (sonst) eine Befreiung der Militärkreditoren von den Unterpfänden; in Frankreich erhielten die Witwen weit bessere Pensionen.  
 Generalmajor v. Viehbach erwidert, daß das neue günstige Militärverordnungsgebot in Frankreich seine rühmliche Kraft hätte; es sei also nicht richtig, daß Frankreich im allgemeinen höhere Pensionen als Deutschland zahle. Eine allgemeine Befreiung der Militärkreditoren von den Unterpfänden würde voraussichtlich in nicht fernem Zeit erscheinen.  
 Beim Hof-Etat beschließt sich Abg. v. Helldorf (sonst) über den Mangel von Postanträgen in den polnischen Bundesstaaten. Die Agenturen würden nach Wunsch vertheilt. Außerdem beiliegten sich nachdrücklich der Aktion gegen polnische Beamten; u. a. hätte ein Briefträger eine polnische Zeitung dem Abkommen nicht mehr gebracht und auf eine Beschwerde gelangt. Die Zeitung erhebt nicht mehr, der Redakteur sitzt! obwohl andere Abkommen die Zeitung fortgesetzt erhielten.

Abg. Dr. v. Helldorf (sonst) beschließt sich über die Verabreichung polnischer Namen leitens der Postverwaltung. Die Postverwaltung liefere sogar Briefe nicht aus, wenn der Adressat nicht mit dem verdienstlichen Namen quittieren wolle. Am Streite zwischen den leitens der Postverwaltung und dem Reichsgericht juristischzuführen. Er bitte die Postverwaltung, Rembour einzutreten zu lassen.

Unterstaatssekretär Fischer bemerkt, daß sich einzelne Personen über ungünstig angelegte Postanträge beim Reichspostamt beschwert hätten, diese Beschwerden würden nachgemacht gemacht werden. Ungünstige Personen würde es immer geben, keineswegs aber leitens der Postverwaltung. Die Beschwerden einzelner vorzunehmen. Wenn jemand seine Zeitung nicht erhalten, möge er sich beim Postamt seines Ortes oder bei der Oberpostdirektion beschweren. Die Beschwerden des Abg. Dr. v. Helldorf über den Androst gehören in den preussischen Landtag, der Postverwaltung ist es ganz gleich, ob ein Mann „Wankst“ oder „Wankst“ bethe. Der Abgeordnete möge den „Wankst“ einbringen.

Abg. Singer (sonst) hält diese Erklärung des Unterstaatssekretärs für durchaus ungenügend; es scheint hier wieder eine ganz gewöhnliche Offensivierung leitens der Postbehörde vorzuliegen. Der Unterstaatssekretär sei der Sache nur aus dem Wege gegangen. Anstatt Vorlesungen zu halten, an was man sich wenden sollte, habe er lieber verschwiegen zu wollen, Mögliche zu schaffen. Abg. Dr. v. Helldorf bemerkt, das Korvetten-Kapitän Winter sei um fünfjähriger und tüchtiger, als es sich in dem Falle um einen preussischen Deutschen handelte. Der Unterstaatssekretär konnte sich keine so löbliche Weise ertheilten Befehleungen sparen, der Reichstag entscheide selbst darüber, was er zu thun oder zu lassen habe. Es sei nicht in der Ordnung, daß eine

preussische Bundesverfassung der Reichspostbehörde das Konzept  
nicht machen wollte.  
Unterstaatssekretär Dr. Fischer bemerkte, daß er nur den  
Wunsch ausgesprochen habe, durch vorübergehende Anweisung solcher  
Zustandswesen eine sachliche Befreiung zu ermöglichen. Seine  
einstimmigen Bemerkungen sind nicht zu verstehen worden, er hätte  
lediglich den Wunsch der Befreiung ausgesprochen. Die Angelegen-  
heiten sollen, daß auf dem Zusammenhänge die Sache schneller  
erledigt werden könne. Dieser Wunsch sei für Lokalfallen immer  
der beste. Auf die einstimmige Bemerkung eines Herrn, und sei  
es auch eines Abgeordneten, könne er noch keine Abhilfe ver-  
sprechen, er wolle jedoch gern die Sache prüfen und sich die  
Ergebnisse der Verhandlung vorbehalten. Die Angelegenheit  
der Sozialdemokraten wundert ihn nicht, diese pflegen gleich  
mit dem Worte „fanalobes“ zu kommen und jeden einzelnen  
Vorfall zu generalisieren.

Abg. v. Staudt (Niederr.) hält es für unmöglich, daß eine  
Postbehörde sich von einem Landrat etwas leisten ließe. Man  
würde man einfach ausgliedern haben, wenn er als Landrat zu  
etwas hätte thun wollen. Uebrigens handle es sich gar nicht  
um eine Postangelegenheit.  
Auf eine erneute Bemerkung des Abg. Dr. Stamm (Niederr.)  
erwidert der

Unterstaatssekretär Dr. Fischer, daß die Beschwerden vom  
10. April v. J. her, heute hätten für jeden den 20. März.  
Hieraus könne man schon ersehen, wie recht er gehabt habe, es  
er sagte, daß solche Beschwerden im Postwege schneller  
erledigt würden.  
Abg. Müller-Sagan: Ob sich der betreffende Landrat oder  
Landesrat, falls ob der Sache schreibt, gegen die Postverwaltung  
aufrechten kann, weiß er nicht. Die Postverwaltung ist eine  
Bürokratie, die sich nicht durchsetzen kann. Die Angelegenheit  
erregt, daß eine ganze Anzahl von Telephon-  
verbindungen zwischen der Wohnung und der Fabrik ver-  
schiedener Unternehmer ohne Zustimmung der Stadt angelegt  
sind. Die Stadt hat schließlich auch von der Postverwaltung  
verlangt, daß sie sich bei der Verlegung von Telephon-  
verbindungen und bei der Verlegung bestehender Anlagen mit  
der Stadt ins Einvernehmen setzen solle. Dieser Anspruch der  
Stadt ist als berechtigt anerkannt. Die Stadt hat aber nicht  
das Recht beansprucht, die Entfernung bereits bestehender  
Anlagen zu verlangen.

Abg. Singer erklärt aus, daß die Postverwaltung die Leitung  
habe, den Rindern höheren Orts zu folgen, sie hätte sich ob-  
genügend zum Abhandlung der Polizei gestellt. Wenn der  
Fiskus über den Oberpostdirektor in Frankfurt a. M., der  
jetzt, nachdem er kinder unter 14 Jahren nicht mehr  
besitzt, die junge Leute von 15-16 Jahren Telephon-  
anfragen laßt. Diese Jungen werden im Wald & Feuille  
für jede Depeche. Dies ist nicht zu ertragen, das sind Aus-  
stragen von Depechen erfordere ganz besondere Zurückhaltung.  
Unterstaatssekretär Fischer erklärt, daß er sein Bestes voll-  
kommen unabhängig von anderen Einflüssen habe, so lange sie  
nicht im Wege vorgehen seien. Personen im Beleidigungs-  
mischen nach dem Gesetz, unter 16 Jahre ist kein  
die Verwendung von 15-16jährigen jungen Leuten sei also nicht  
zulässig.

Abg. Weidner (Chr.) wünscht Vernehmung von Telephon-  
anlagen in Düsseldorf.  
Direktor im Reichspostamt Schaeffer erwidert, daß dies aus  
rechtlichen Gründen nicht möglich sei.

Abg. Dr. Stamm (Niederr.) wünscht Vernehmung des Telephon-  
anges in Berlin zu und macht nochmals auf die Bedeutung des  
Streitfalles von Breslau aufmerksam.  
Direktor Schaeffer erwidert, daß in Berlin ganz andere Ver-  
hältnisse als im rheinischen Industriegebiet herrschen, denn hier  
sind viel mehr elektrische Anlagen als in Berlin, so daß die An-  
bringung neuer Verbindungen mit großer Schwierigkeit verknüpft  
sei. Die Ausführungen des Staatsrats über den Streit  
mit Breslau seien vielfach mißverstanden worden. Es sei  
der Postverwaltung nicht bekannt, daß die Stadt Breslau nur  
gewollt habe, daß bei einzelnen privaten Anlagen ihre  
Genehmigung nachgeliefert werden sollte, weil die Stadt habe  
verlangt, in dem Fall, wo diese über die Stadt gebannt  
würden, ihre Genehmigung nachgeliefert würde. Dies könne doch  
auch nicht im Interesse des Publikums liegen.

Abg. Dr. Müller-Sagan erwidert, daß der Direktor Schaeffer  
sich unterrichtet hat.  
Auf eine Bemerkung des Abg. Seibtschneid (Soz.), der be-  
hauptet, daß gewiß nicht die Postanstalten noch jetzt  
von der Post befolgt würden, erwidert

Unterstaatssekretär Fischer, daß seit dem Aufgeben des  
Sozialistengesetzes keine Verordnung bestünde, die dem Abg.  
Weidner zu solchen Angriffen Anlaß geben könne. Ueber die  
Aufhebung und Beschuldigung von Postämtern werden nur die  
Verordnungen befolgt, die durch die Gerichte vorgehien seien. Das  
Sozialistengesetz habe auch für die Post aufgehört, Gesetz  
zu sein.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Frei. W.) bezieht seinen  
Antrag, den Reichsanwalt zu ernennen, die Gleichstellung der  
Post- und Telegraphen-Beamten sowie Postverwalter aus der  
Klasse der Beamten der Post- und Telegraphen-  
Anstalten sowie Postverwalter aus der Klasse der Militär-  
anwärter in Bezug auf die Zulassung zur Streifenprüfung von  
Kandidaten in Erwägung zu ziehen.

Unterstaatssekretär Dr. Fischer bittet, den Antrag abzulehnen.  
Abg. Dr. Schädler (Chr.) erklärt, daß das Centrum für den  
Antrag stimmen werde.

Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen, nur die  
Rechtspartei dagegen.

Beim Etat der Verwaltung der Eisenbahnen  
wünscht

Abg. Buch (Soz.) eine Aufbesserung der Eisenbahn-Tele-  
graphisten.  
Gehaltsrat Wackerplass erwidert, der Reichstag habe bereits  
eine Resolution in dieser Richtung angenommen, man möge  
daher warten, was die Verwaltung thun werde.

Abg. Dr. Gammacher tritt gleichfalls für die Eisenbahn-  
telegraphisten ein.  
Beim Etatgesetz macht

Abg. Dr. Lieber darauf aufmerksam, daß gegenüber der Höhe  
des zu erwartenden Nachtragsbudgets die Zahlen des Etatsgesetz  
nur einen rein arithmetischen Charakter tragen. Deshalb müsse  
man die Erwartung aussprechen, daß nach Erledigung des  
Nachtragsbudgets das Etatsgesetz nochmals zur Korrektur vor-  
gelegt werde.

Schobertitz Graf v. Woldowitsch macht das formelle We-  
denken geltend, daß wenn das Etatsgesetz nicht vollzogen  
sei, keine Zahlungen auf Grund des Etats geleistet werden  
können.

Hierauf wird der Rest des Etats, das Etatsgesetz und der  
Etat im ganzen definitiv angenommen. Nur die Sozial-  
demokraten stimmen dagegen. Auch das Anleihegesetz wird an-  
genommen.

Hiermit ist die dritte Lesung des Etats erledigt.  
Es folgt die Debatte über v. Carlsin (Soz.) und  
Gewissen. In jeder Zeit sind im Schwaben Kreis & Kreis  
Westpreußen - in Wuppertal (7. d. W.) und in Ost  
(14. d. W.) - vorzugsweise angeordnete Wählervereins-  
samungen angelegt worden, weil die Redner in denselben sich  
für die polnische Sprache bedienten. Die Unterzeichneten richten an  
den Reichsanwalt die Anfrage: 1. Sind dem Herrn Reichsan-  
walt diese Verhältnisse bekannt und 2. Ist der Herr Reichsanwalt  
bereit, zur Abklärung der verfassungsmäßigen Rechte  
Wählervereinsvereine anzuordnen zu treffen, um die Wiederholung  
solcher Verhältnisse zu verhindern?

Unterstaatssekretär Dr. v. Boetticher erklärt sich bereit, die  
Interpellation noch heute zu beantworten.  
Nach Begründung der Interpellation durch den Abg.

v. Carlsin (Soz.) beantwortet Staatssekretär v. Boetticher die-  
se: Die Regierung beabsichtigt keineswegs, das Recht der  
freien Zusammenkunft irgendwie zu beschränken. Bis zum  
Eingang der Interpellation hatte der Reichsanwalt keine  
Kenntnis von den Vorgängen und hatte auch keine  
Veranlassung, einzutreten, da von seiner Seite eine  
Intervention der Reichsregierung gewünscht wurde. Erst  
nach dem Eingang der Interpellation habe ich mich  
aus dem Munde des preussischen Ministers des Innern  
aus der Sache informiert. Nun scheidet der Fall in  
Zweifel, denn die Veranlassung ist nicht von dem überwach-  
enden Beamten ausgeht worden. Der Grund ist vielmehr der  
Rechtsbehörden, deutsch zu sprechen, darauf hat der Vor-  
sitzende selbst die Veranlassung geschloffen. (Große Heiterkeit)  
Ueber den vom Redner erwähnten gefragten Fall in Döbe  
haben wir uns noch diese Nacht telegraphisch unterrichtet, denn  
die Gerechtigkeit läßt sich das Recht nicht. (Heiterkeit). Auch  
dort hat der Vorsitzende die Veranlassung selbst geschloffen. In  
dem Falle in Wuppertal hat der Herr Beamte die Veranlassung  
ausgesprochen, weil die Anwohner, trotzdem sie alle Deutsch spre-  
chen, polnisch zu sprechen. Im übrigen hat der  
Minister des Innern jetzt die Verfügung erlassen,  
daß bei der Reichs- & Kreiswahl in Schwab  
Veranlassungen nicht lediglich wegen Gebrauchs der polnischen  
Sprache angelegt werden dürfen und die Veranlassungen  
möglichst nur von den Reichstagsmitgliedern überbracht  
werden. Hierdurch ist das Reichstagswahlrecht zur Geringe  
gewahrt, der Reichsanwalt hat also seinen Anlaß, einzutreten.  
Ich hoffe, daß auch in der Höhe des Wahlkampfes haben und  
dabei der Friede gewahrt wird.  
Nach Antrag des Abg. Dr. v. Sandt (Soz.) wird die  
Behauptung der Interpellation bekräftigt, die in der  
1. Upr. verhandelt wird. Außerdem liegt noch die Handwerker-  
vorlage auf der Tagesordnung.  
Schluß 5 1/2 Upr.

### Anstaud.

Die orientalischen Wirren.  
Wie die „Post“ mitteilt, werden die Verhandlungen  
zwischen den Großmächten über weitere gemeinsame  
Maßregeln gegen Griechenland fortgesetzt. Eine Einigung  
über die Bekämpfung griechischer Häfen ist noch immer nicht  
erreicht worden, und zwar scheint es nach wie vor England zu  
sein, das seine Zustimmung von Bedingungen abhängig macht,  
deren Annahme von den anderen Mächten als unmöglich be-  
zeichnet wird.

Nach Privatmitteilungen aus Kreta wird die Situation  
dort immer schlimmer; die schrecklichen Zustände auf der  
Insel zu beschreiben ist unmöglich. Die Christen halten un-  
bedingt an der Annexion durch Griechenland fest. Die Türken  
wären, wenn die Insel an Griechenland abgetreten würde,  
zu werden sie ihren Fremden und ihre eigenen Weiber und Kinder  
töten und bis ans Ende kämpfen. Die Insurgenten, aufgeregt  
durch die Aktion der Schiffe der Großmächte, greifen die  
fremden Detachements an. Sie beschießen den englischen  
Abmiral Davis, sowie ein russisches Torpedoboot.  
Die Truppen der Großmächte sind indessen die bedrohten  
Punkte zu schützen. Gestern früh 8 Uhr ging die unter dem  
Befehl des französischen Hauptmanns Perrignon stehende  
Truppenabteilung, nämlich 75 Franzosen, 60 Italiener mit  
3 Geschützen und 20 Engländer mit einem Geschütz von Kanea  
nach dem Fort Souda ab. Die Abtheilung traf um  
11 Uhr dort ein und besetzte das Fort. Um 11 1/2 Uhr wehen  
die französische, die italienische, die englische und die türkische  
Flagge über dem Fort. Die Geschütze waren auf dem Marsch  
von den Mannschaften durch die Schützen gegen worden.

Wie man aus Kanea meldet, werden gestern vormittag  
675 Mann Oesterreicher von 80 österreichischen Regiment  
in der Souda abmarschieren. 400 Mann davon werden  
sogleich das bei der Souda gelegene Fort Arabien besetzen.  
Eine Depeche aus Athen vom 17. d. d. berichtet: Englische  
und russische Offiziere begaben sich mit einer starken Bedeckung  
in der Richtung nach dem Jungferntempel, um den türkischen  
die Proklamation der Autonomie zu verhindern. Die Auf-  
ständischen jankten Parlamentäre, aber die Dschibzuka  
schiffen auf dieselben. Es entstand ein lebhaftes Gewehr-  
feuern zwischen den Türken und den Aufständischen, so daß die  
Djibzuka auf ihrem Wege unterbrechen mußten.

Nach ferneren Berichten verlangen die Admirale zur  
Sicherung der Küste in den von den Truppenabtheilungen  
besetzten Städten von ihren Regierungen telegraphisch die  
sofortige Entsendung je eines weiteren Bataillons  
von 600 Mann. Die Admirale beschloffen sogleich, eine  
Position auf Arotiri zu besetzen.

Engenben den zuerst gebrauchten Meldungen berichtet die  
„Times“ aus Kanea, das Bombardement der vereinigten  
Geschwader am Freitag habe unter den Christen große  
Verheerungen angerichtet. Man befürchtet einen Aufstand  
der Mohammedaner, weil ein großer Mangel an Lebensmitteln  
herrscht.

Der griechische Kronprinz, Prinz Nikolaus und die  
Kronprinzessin Sophie sind gestern um 1 Uhr nachmittags in  
Paris eingetroffen und beglückwünscht worden.  
Die kretensischen Flüchtlinge richteten an den Hos-  
marschall des Kaisers von Rußland eine Depeche, in welcher  
sie Dank aussprechen für die von dem Kaiser geschickten  
50,000 Rubel und bitten, ein Schiff der russischen Flotte mit  
Wehl nach Kreta zu senden für ihre dort vom Hunger be-  
drohten Brüder.

Die „Frank. Ztg.“ meldet aus Konstantinopel: Die Bot-  
schafter haben den englischen und den russischen Konsul in  
Istanbul aufgefordert, als Vertreter der Großmächte an der  
Untersuchung der Mordthaten teilzunehmen. Täglich  
laufen neue Nachrichten über Verübung von Graus-  
amkeiten in Kleinasien ein. In der Nähe von  
Erzindin, dem Sitz des Kommandanten des 4. Armeekorps,  
haben blutige Ereignisse stattgefunden. In hochstehe  
Armenier gerichtete Depechen melden, daß in der letzten Woche  
Strome von Blut geflossen seien. Die Porte sucht mit allen  
Kräften den Einbruch, welchen die Nachrichten über neue  
Massacres auf Europa machen, zu mildern. Die Porte ist  
mühsam gegenüber den Urhebern der Mordthaten und offen-  
kundigen Agitationen aus dem Palaste.

Das letzte von uns gemeldete Massacre und die Plün-  
derung in Iotat dauerten nach neuesten Berichten 36  
Stunden, die Zahl der armenischen Opfer beträgt  
über 400. Die türkischen Truppen machten zum Teil die  
Ausforschungen mit. Die Porte hat den Hochgestellten mit-  
geteilt, daß der Truppenkommandant im Disziplinirwege  
durch den Kriegsminister abgesetzt worden sei, ferner, daß  
die Untersuchungskommission Todesurteile ohne Zulassung  
einer Appellation aussprechen und vollstrecken könne,  
so daß nur die erfolgte Exekution nach Konstantinopel  
bekannt zu geben wäre. Die Hochgestellten entstehen ihrerseits

eine Kommission nach Iotat, bestehend aus dem russischen Bie-  
traten in Smyrna und dem englischen Konsul Evans. Die  
Ausforschungen in den Driftorten des Berges Sivas sind  
ebenfalls für den Winter einige Tage. Keiner der Ber-  
hältnisse sind der Meinung, daß nur die Vollstreckung der  
Todesstrafe für die Hauptthäter der Mordthaten weitere  
drohende Gewaltthatigkeiten zu verhindern vermöge.  
In Sütari (Mekran) kam es zu einem Zusammen-  
stoß zwischen Mohammedanern und Christen,  
wobei Schiffe geschloffen wurden. Der Ball telegraphierte, daß  
die Kunde dank der Intervention der Behörden wiederbergestellt  
sei. Einseitig seien. Ueber den Grund verläutet, daß in  
einer Wölche und in deren Vorhof die Theile eines Schweines  
gefunden wurden, was angeblich ein Raubact der Christen für  
eine fälschlich erfolgte Verunglimpfung eines Kreuzes gewesen  
wäre.

### Oesterreich-Ungarn.

Der österreichische Reichsrath wurde gestern vom Kaiser mit  
einer Thronrede eröffnet. Wir haben aus dieser Thronrede  
den Passus über die auswärtige Politik herover, der  
folgendermaßen lautet:

Was die auswärtige Politik betrifft, ist es dem unvermin-  
dlichen Zusammenwirken sämtlicher Großmächte gelungen, die  
mit den jüngsten Kriegen im Orient aufgetauchten Ge-  
fahren abzuwenden, und es darf wohl der Hoffnung Ausdruck  
gegeben werden, daß die diesfalls unternommene Aktion  
trug mancher im Laufe der Verhandlungen zum Vorschein  
kommenden Meinungsverschiedenheiten und Bedenken zu einer  
gütlichen, im Weilen beschiedenen Lösung führen werde.  
Dies gilt zunächst von der vorwiegend herantretenden  
europäischen Frage, die meine Regierung ganzheitlich in  
Einvernehmen mit meinen Bundesgenossen und in enger ver-  
trauensvoller Fühlung mit den anderen uns betreffenden  
Mächten eine Reihe von Maßregeln zu ergreifen, deren Zweck  
ist, durch eine auf die Erhaltung des territorialen  
status quo hingehende Aktion friedensfördernde  
Ergebnisse zu erzielen. In dieser Richtung ist die  
Schonken zurückzuführen. Kann sollte die Haltung  
Griechenlands in der gegenwärtigen Phase keinesfalls auf die  
Billigung der Großmächte abgesehen, so muß abererkannt  
die Türkei bezeugen, daß sie eine große Verantwortung  
auf sich haben würde, falls sie unter Verletzung ihrer vitalen  
Interessen, wenn sie einseitigen Anschließung der  
europäischen Mächte sich der Beteiligung trauglicher  
Maßregeln entziehen und damit einen Zustand erhalten  
sollte, der den Kern ihrer Verfassung in sich trägt. Es  
darf wohl der Erwartung Raum zu geben sein, daß auch in  
dieser Richtung das unabwieslich Erforderliche sichergestellt  
werden.

Der Kaiser empfing gestern nachmittags den Minister des  
Auswärtigen Grafen Goltzowski und den Chef der Marine-  
sektion Admiral v. Sternberg gemeinsam in längerer Audienz.  
Demnach empfing der Kaiser nachmittags die außerordentliche  
berussische Botschaft, welche den Regierungsrat des  
S. C. H. notifizirte.

### Die neuen französischen Kandidaten.

Die Deputirtenkammer beschäftigte sich gestern wieder  
mit dem Panama-Skandal. Man depejirte über die  
gestrige Sitzung:

Unter den zahlreich erschienenen Deputirten herrschte große  
Erregung. Die Deputirten Julien und de la Roche-Beaucourt,  
deren Namen in Verbindung mit dem Panama-Angelegenheit  
in der Presse genannt worden, protestirten energisch gegen diese  
Besprechungen und erwiderte die Kammer in betreff ihrer  
parlamentarische Unverletzlichkeit auszusprechen, damit sie sich  
vertheidigen und alsdann die Redeunterbrechung gerichtlich belegen  
können. Die Deputirten Esch und Sorand protestirten  
ebenfalls gegen die Ausführungen, die gegen sie  
erhoben, und erwiderten darauf, daß sie stets Gegner des  
Panama-Skandals gewesen seien. Pouvier erwiderte, daß man die  
parlamentarische Unverletzlichkeit auch in betreff seiner aufhebe;  
auch er verweigert sich entschieden gegen die Beschuldigung  
seiner Person, indem er behauptet, daß er niemals irgend  
welche Beziehung zu Aktien gehabt habe. Esch, Julien, Sully,  
Millet und Anant, Arton habe niemals den Namen des  
Abgeordneten Sais genannt, jedoch behauptet, er habe an  
Louis Huges, Julien und Pouvier durch  
Zwischenpersonen Geld zahlen lassen. Der Unter-  
suchungsrichter habe die Beweise nicht für genügend erachtet.  
Arton habe den Deputirten Goussier beschuldigt, 6000 Francs  
ohne Veranlassung erhalten zu haben. Der Generalstaats-  
anwalt habe jedoch keine Beweise dafür aufzuweisen. Der  
Justizminister sagte hinzu, er habe nicht das Recht, die von  
dem vorgenannten Abgeordneten verlangte Aufhebung der Un-  
verletzlichkeit zu verlangen. Der Generalstaatsanwalt müsse  
dahin unterrichtet werden. Der Minister des Innern  
sagte hinzu, daß die Beweise nicht mit dem Generalstaats-  
anwalt zusammenhängen können. Die Kammer  
beschloß, die Sitzung auszusetzen.

Während der Aufhebung der Sitzung herrschte in den Wandel-  
gängen eine äußerst lebhaft Erregung. Alle Deputirten sind  
stief bewegt über die englischen Proteste ihrer Kollegen auf  
der Tribüne. Nach Wiederanfang der Sitzung, die gegen die  
Wiederholung der Bewegung an. Der Justizminister Darlan er-  
klärte, der Generalstaatsanwalt glaube, daß kein neuer  
Berichtungsantrag gestellt werden könne, da sich  
keine neuen Thatbestände ergeben hätten. Der sozialistische  
Deputirte Derville beschuldigt den Justizminister, das Ge-  
heimnis der Untersuchung verstoßen zu haben, indem er ver-  
langt, daß er keine neuen Berichtungsanträge einbringen  
sollte. (Lebhaftes Lachen.) Minister Darlan ver-  
neinert sich energisch gegen diesen Vorwurf. Le  
Moigne erwidert hierauf den Bericht, dahingehend  
der gerichtlichen Verfolgung gegen Boyer, Maret und  
Rouet hatzuzugehen; die Genehmigung hierauf in seiner Weise  
ein Verbot und gegen die Genehmigung der Anlage in seiner  
Weise vor Boyer und Maret erklären hierauf, daß sie für  
den Berichtungsantrag stimmen werden, der ihnen ermöglicht,  
ihre Schuldlosigkeit darzutun. (Beifall.) Der Vorsitzende  
der Kommission verliest alsdann eine Depeche Rouets, in welcher  
dieser seine Unschuld behauptet. Darauf beschließt das Haus  
ohne nennentliche Abänderung in der Besetzung die  
Wahl von Arton als Berichtungsanträge. Der  
Sozialist Rouquet schlägt vor, eine parlamen-  
tarische Untersuchungskommission für die  
Panama-Angelegenheit zu ernennen. Er verlangt  
für seinen Antrag die Dringlichkeit. Nachdem  
Ministerpräsident Méline sich mit der Dringlichkeit ein-  
verstanden erklärt hat, wird dieselbe angenommen. Abdomen führt  
dann die parlamentarische Untersuchung erst be-  
ginnen könne, nachdem die gegenwärtige richterliche Unter-  
suchung abgeschlossen sei. Abernfalls würde die Kommission  
auf richterliche Bezeugnisse angewiesen. Des weiteren legt der  
Ministerpräsident die in einer Veränderung der ursprüng-  
lichen Besetzung; dar und fordert die Kammer auf, die ge-  
wählte Kommission, die die Beweise anzuheben, Beifall im  
Centrum - Widerspruch auf der Linken.) Rouquet beschließt  
auf seinem Antrag.

Arton brachte folgende Tagesordnung ein: Zünden  
die Kammer die Erklärungen der Regierung billigt und von  
den Beredern, die Anträge mitzubringen, so daß die  
Schlichte ist, die Erneuerung einer Untersuchungskommission zu



